

Schnelles Netz

Wieso Europas Bahnen eine Allianz schmieden **SEITE 16**

Fremde Welt

Warum Familienfirmen ungern an die Börse gehen **SEITE 18**

Russische Sehnsucht

Was Konzerne an der Notierung in London reizt **SEITE 24**

WISSENSTEST: Sind Sie fit beim Thema Steuern?

www.handelsblatt.com/steuerquiz

MONTAG, 23. APRIL 2007 | NR. 78

WWW.HANDELSBLATT.COM

*** G 02531 | DEUTSCHLAND | 1,80 €

Cromme gibt mehrere Kontrollmandate ab

Der neue Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende Gerhard Cromme wird seine Aufsichtsratsposten bei Eon, Lufthansa, bei der französischen Großbank BNP Paribas und dem Versorger Suez niederlegen. Das erfährt das Handelsblatt aus seinem Umfeld. Darüber hinaus muss Cromme zunächst mit der US-Börsenaufsicht SEC klären, ob er seine Funktion als Vorsitzender des Siemens-Prüfungsausschusses beibehalten kann, weil diese Doppelrolle weder den nationalen noch den internationalen Governance-Regeln entspricht.

Der Ausschuss, den Cromme seit fast vier Jahren leitet, hat eine zentrale Aufgabe bei der Aufklärung des Skandals um schwarze Kassen im Siemens-Konzern. Gerhard Cromme wird nach Informationen des Handelsblatts über das Jahr 2008 hinaus Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Siemens bleiben. | fo **REPORT, BERICHT SEITEN 10, 15**

FINANZMÄRKTE

DAX	↑	7342,54	+1,38%
DOW JONES	↑	12961,98	+1,20%
EURO STOXX 50	↑	4416,79	+1,77%
EURO (\$)	→	1,3596	-0,0011
BUND 10J.	↓	4,195%	-0,011

Stand: Schluss

WIRTSCHAFT & POLITIK

Merkel blockt Steinbrücks Pläne ab

Die Bundeskanzlerin wendet sich gegen Pläne des Finanzministers zur Finanzierung von Kinderkrippen und Gesundheit. **SEITE 3**

Große Koalition streitet über Steuersenkung

Die CSU will Arbeitnehmer bereits ab 2008 entlasten. **SEITE 3**

Wirtschaft will bei Erbschaftsteuer mitreden

In den Verbänden der Wirtschaft wächst die Sorge, dass die Koalition ihr Versprechen, Firmen beim Übergang auf die nächste Generation zu entlasten, nicht wird halten können. **SEITE 4**

Bayern will mehr Geschäft mit Kuba machen

Die Landesregierung plant eine Rahmenvereinbarung, die Grundlage für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba sein soll. **SEITE 6**

UNTERNEHMEN & MÄRKTE

Offene Schlacht um Alliance Boots

In schneller Folge haben sich am Wochenende zwei Private-Equity-Gruppen für die britische Apotheken- und Drogeriekette überboten. **SEITE 11**

Google-Gewinn explodiert

Der Internetkonzern hat im Quartal fast 70 Prozent mehr verdient. Datenschützer sehen unterdessen den Doubleclick-Kauf kritisch. **SEITE 12**

Analysten loben Zahlen von SAP

Die Quartalszahlen von SAP mildern nach Einschätzung von Analysten Befürchtungen, dass das Wachstum des Softwarekonzerns endet. **SEITE 12**

Eon wagt sich nach Russland

Der Konzern könnte bereits im Juni in einer Auktion für ein Aktienpaket an einem regionalen Stromerzeuger bieten. **SEITE 16**

FINANZZEITUNG

Skepsis am Anleihemarkt wächst

Bankvolkswirte korrigieren ihre Prognosen und erwarten Zinsniveau in Europa von dauerhaft über vier Prozent. **SEITE 21**

Unicredit bestätigt Kontakte

Die italienische Bank hat bestätigt, dass sie mit Société Générale Gespräche über Wachstumsmöglichkeiten führt. **SEITE 22**

Barclays unter Zugzwang

Der Übernahmekampf um die Bank ABN Amro geht in eine vorentscheidende Woche. **SEITE 23**

Senkrechtstarter in Italien

Die kleine Investment-Boutique Banca Leonardo schließt in der Fusionsberatung zu den internationalen Spitzenbanken auf. **SEITE 27**

Handelsblatt GmbH, Abonnentenservice, Telefon: 0180/5990010, Fax: 0211/887-3605, E-mail: nb.aboservice@vhb.de, Internet: www.handelsblatt.com

Belgien, Niederlande, Luxemburg 2,50 € / Dänemark 22,00 dkk / Frankreich 2,90 € / Griechenland 3,20 € / Großbritannien 2,40 £ / Irland 3,50 € / Italien 2,90 € / Polen 13,50 PLZ / Portugal 3,00 € / Norwegen 34 nkr / Österreich 2,50 € / Schweden 39 skr / Schweiz 4,20 chf / Spanien 2,70 € (Balearn 2,90 €, Kanaren 3,20 €) / Tschechien 100,- CSK / Türkei 5,90 YTL / Ungarn 760,- HUF / USA 3,40 \$

Sarkozy geht mit Vorsprung in die Stichwahl



Foto: action press, AFP, mauritius, dpa, ap

In der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl haben sich der Konservative Nicolas Sarkozy (links) und die Sozialistin Ségolène Royal durchgesetzt. Der Ex-Innenminister erhielt nach ersten Ergebnissen knapp 30 Prozent. „Ich bin die Nummer eins“, sagte Sarkozy in seiner ersten Reaktion. Royal hatte zuletzt stark aufgeholt und erreichte mit 25 Prozent mehr, als ihr viele zugetraut hatten. Der Zentrumskandidat François Bayrou kam auf knapp 19 Prozent. Abgeschlagen landete der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen bei elf Prozent. Die Entscheidung über die Nachfolge von Präsident Jacques Chirac fällt in der zweiten Wahlrunde am 6. Mai. Wegen seines deutlichen Erststundensieges geht UMP-Chef Sarkozy als Favorit in das Duell. Royal als Chancen in der Stichwahl hängen entscheidend davon ab, inwieweit ihr Bayrou Wähler die Stimme geben. Royal wäre die erste Frau an der Spitze Frankreichs. Die Wahlbeteiligung erreichte mit über 85 Prozent eine Rekordhöhe. **GESPRÄCH, BERICHT, MEINUNG SEITEN 2, 3, 8**



Wer, so fragt man sich etwa, hat eigentlich das Sagen bei Volkswagen oder RWE? Auf dem Papier der Vorstand. Faktisch wohl eher der Aufsichtsrat. Durchaus erfolgreiche Vorstandsvorsitzende werden ausgetauscht, weil sie den Chefaufsichtsratern nicht in den strategischen Kram passen. Und wer ist die entscheidende Figur im Siemens-Drama? Der Vorstand? Wohl kaum. Wenn der Skandal aufgeklärt wird, dann unter Federführung des Aufsichtsrats. Aus gutem Grund hat Gerhard Cromme lange gezögert, den Posten des Chefkontrolleurs bei Siemens zu übernehmen. Angetreten ist er wohl nur unter einer Bedingung: Cromme wird sich alle Handlungsfreiheit nehmen und ein Exempel für gute Unternehmensführung statuieren. Das ist sich der Chef der Regierungskommission Corporate Governance schuldig. Klaus Kleinfeld, der Siemens-Vorstandsvorsitzende, wird schon bald die Hand des Aufklärers spüren, wenn neue Kontrollsysteme und Ethikstandards in München Einzug halten. **BERICHT SEITE 6**

Druck auf Stromkonzerne steigt

Bundeskabinet beschließt Kartellrechtsverschärfung am Mittwoch - Glos: Weitere Schritte werden folgen

CLAUS STRATMANN | BERLIN
HELMUT HAUSCHILD | BRÜSSEL

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) macht Ernst mit seinen Drohungen gegenüber der Energiebranche. Am Mittwoch wird das Bundeskabinett seinen Vorschlag zur Verschärfung des Kartellrechts beschließen. Weitere Maßnahmen folgen in Kürze. Kritik der Branche, sie werde über Gebühr belastet, weist Glos im Gespräch mit dem Handelsblatt zurück. Die Politik müsse die Interessen der Verbraucher im Auge haben, argumentiert der Minister.

Die Branche läuft seit Monaten Sturm gegen die Pläne. Insbesondere die Verschärfung des Kartellrechts ist den Versorgern ein Dorn im Auge. Glos will mit der Novelle die Preisaufsicht im Energiesektor verschärfen: Eine Umkehr der Beweislast sorgt dafür, dass die Versorger künftig selbst nachweisen müssen, dass ihre Preise angemessen sind. Bislang mussten die Kunden den Konzernen Missbrauch nachweisen – ein schwieriges Unterfangen. Die Unternehmen kritisieren, die Änderung komme einer staatlichen Preisaufsicht gleich. Sie drohen, Investitionen zurückzuziehen. „Wir sollen Entscheidungen treffen für milliardenschwere Kraftwerksinvestitionen, während man auf oberster politischer Ebene öffentlich die Grundprinzipien des liberalisierten Marktes in Frage stellt“, klagte RWE-Chef Harry Roels jüngst. Das politische Umfeld sei „alles andere als hilfreich.“



„Es ist keine Frage, dass der Wettbewerb nicht richtig funktioniert.“

Michael Glos

Glos lässt sich davon nicht beeindrucken. „Es ist für mich und für viele Beobachter keine Frage, dass der Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt nicht richtig funktioniert. Dagegen müssen wir etwas tun.“ Glos verteidigte die Kartellrechtsnovelle mit dem Hinweis, sie gelte nur befristet, bis der Wettbewerb besser funktioniere. Tatsächlich soll die Verschärfung 2012 auslaufen. Die vier in Deutschland dominierenden Unternehmen der Branche – Eon, RWE, Vattenfall und EnBW – sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, das Preisniveau auf dem Strommarkt künstlich hoch zu halten. Sie stehen für rund 80 Prozent der heimischen Stromproduktion. Kritiker sagen, die Konzerne hätten den Markt unter sich aufgeteilt.

Glos will den Wettbewerb nicht nur mit der Kartellrechtsnovelle ankurbeln. Voraussichtlich wird das Bundeskabinett am Mittwoch auch die Netzanschlussverordnung verabschieden. Mit der Verordnung will der Wirtschaftsminister die vier großen Stromkonzerne, die zugleich auch die wichtigsten Stromnetzbetreiber in Deutschland sind, dazu zwingen, Kraftwerke neuer Anbieter an ihr Netz anzuschließen. Mehr noch: Die Netzbetrei-

ber müssen künftig selbst dann neue Kraftwerke ans Netz nehmen, wenn sie dafür im Gegenzug eigene Kapazitäten zurückfahren müssen.

Zusätzlich zu diesen Schritten wird in einigen Wochen die so genannte Anreizregulierung in Gang gesetzt: Die Betreiber von Strom- und Gasnetzen müssen dann die Entgelte, die sie für die Netznutzung berechnen, schrittweise dem Niveau des günstigsten Netzbetreibers angleichen. Die Netzentgelte machen derzeit einen großen Teil des Endkundenpreises aus. Im Strombereich sind es fast 40 Prozent.

Die gesetzlich verordnete Senkung der Netzentgelte wird nicht nur von den großen vier kritisiert. Auch kleinere Unternehmen wie etwa Stadtwerke lehnen die Anreizregulierung ab. „Den Unternehmen wird vorgegeben, alle Ineffizienzen innerhalb von nur acht Jahren abzubauen. Im schlimmsten Fall kann dies für ein Unternehmen bedeuten, dass es seine Effizienz jedes Jahr um sechs Prozent steigern muss“, sagte Gerhard Widder, Präsident

des Verbands kommunaler Unternehmen, dem Handelsblatt. Kein Netzbetreiber könne aber so schnell und so drastisch seine Kosten senken.

Weiteres Ungemach droht der Branche aus Brüssel. Die EU-Kommission strebt eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energiekonzerne an: Die Unternehmen sollen ihre Netze abgeben. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs betonte erst kürzlich, er halte dies für die beste Methode, um den Wettbewerb anzukurbeln. Mit Unterstützung der Bundesregierung können die Unternehmen in dieser Frage nicht rechnen. Glos betonte, die eigentumsrechtliche Trennung von Produktion und Leitungsnetzen gehöre zu den Vorschlägen, die geprüft würden. „Das Ziel ist klar: Wir brauchen mehr Wettbewerb in Europa. Das bringt Vorteile für alle Verbraucher“, sagte der Minister. Die EU-Kommission will voraussichtlich im September ihre Entwürfe zur Öffnung der Energiemärkte vorlegen.

WISSENSCHAFT Junge Ökonomen zieht es in Ausland

„... und tschüss!“

OLAF STORBECK

Henning Bohn hat Geduld gehabt, viel Geduld. „Mindestens ein Jahrzehnt nach meinem Dokortitel in den USA habe ich den akademischen Arbeitsmarkt in Deutschland sehr genau verfolgt“, erzählt der heute 46 Jahre alte Makroökonom von der University of California in Santa Barbara.

Nach seinem VWL-Vordiplom in Mannheim war er in die USA gegangen, und in den neunziger Jahren wollte er zurück in die Heimat. Einmal hätte es fast geklappt – eine renommierte deutsche Uni bot ihm eine Professur an. „Aber der Rektor hat mich ziemlich schäbig behandelt, als müsste ich darum betteln, nach Deutschland zurückzukehren“, erzählt Bohn. „Das war meine letzte Bewerbung in Deutschland.“ Einen seiner forschungstärksten Wirtschaftswissenschaftler hat das Land damit vergrault. Wäre Bohn hier zu Lande tätig, läge er im Handelsblatt Ökonomen-Ranking auf dem elften Platz. Geschichten wie diese gibt es viele. Seit zehn bis 15 Jahren erlebt die deutsche Wirtschaftswissenschaft einen beträchtlichen „brain drain“: Immer mehr der besten Nachwuchsforscher zieht es an ausländische Hochschulen. Jeder zweite der 100 forschungswürdigen deutschen Volkswirter unter 45 Jahren arbeitet mittlerweile an Unis außerhalb des Landes, zeigt eine Handelsblatt-Studie. Inzwischen bemühen sich viele deutsche Hochschulen aktiv darum, „Expatriates“ wieder nach Hause zu locken – potenzielle Heimkehrer werden heute deutlich zuvorkommender behandelt, als es Hennig Bohn erlebte. Dennoch kehren bislang Wirtschaftswissenschaftler nur in Ausnahmefällen wieder nach Deutschland zurück. „Schon beim Gehalt können wir kaum mit ausländischen Universitäten konkurrieren“, sagt der Konstanzer Ökonom Oliver Fabel.

Zudem bieten vor allem US-Unis Wissenschaftlern, die am Anfang der Karriere stehen, bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen. Forscher brauchen sich dort kaum um Verwaltungsaufgaben zu kümmern und haben geringere Lehrverpflichtungen. „Ich muss pro Semester rund zweieinhalb Stunden pro Woche unterrichten“, berichtet Stephanie Schmitt-Grohé, die an der Duke University in den USA arbeitet. Ihre deutschen Kollegen stehen pro Halbjahr acht bis neun Stunden im Hörsaal.

Der „brain drain“ bedroht auf Dauer die Qualität der deutschen Ökonomie. „Wenn es uns nicht gelingt, einen Teil der Forscher nach ein paar Jahren zurückzuholen, ist das eine gefährliche Entwicklung“, sagt Friedrich Schneider, Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik. „Wir brauchen daher dringend eine bessere Förderung von Spitzenforschern.“

Kritik an Behörden im Mordfall Buback

BERLIN. Nach neuen Enthüllungen im Fall des vor 30 Jahren von der RAF ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback geraten die deutschen Sicherheitsbehörden in die Kritik. Nach Informationen des „Spiegels“ liegen dem Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt (BKA) wesentliche Erkenntnisse vor, die nicht in die Verfahren gegen die RAF-Terroristen eingebracht wurden. Demnach soll Stefan Wisniewski die tödlichen Schüsse abgegeben haben. Der wegen des Anschlags verurteilte Knut Folkerts sei dagegen nicht direkt an der Tat beteiligt gewesen.

Ein BKA-Sprecher sagte dem Handelsblatt, da es sich bei dem Mord an Buback um keine abgeschlossene Strafsache handele, müsse sich jetzt der Generalbundesanwalt äußern. Dass es Kritik an der Arbeit des BKA gebe, sei nicht neu, fügte er hinzu. Die Bundesanwaltschaft wollte den Bericht nicht kommentieren.

Bislang galten Christian Klar, Knut Folkerts und Günter Sonnenberg als Hauptverantwortliche

für die Tat zum Auftakt des „Deutschen Herbsts“ am 7. April 1977.

Politiker aller Parteien forderten, dass der Fall neu aufgerollt wird. Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach sagte: „Die neuen Informationen müssen Anlass sein, den gesamten Fall neu zu untersuchen.“ Der Innenminister von Schleswig-Holstein, Ralf Stegner (SPD), sagte, er könne sich nicht vorstellen, „dass der Verfassungsschutz über handfeste Informationen verfügte, die Polizei und Justiz verborgen blieben“.

Ex-RAF-Mitglied Peter-Jürgen Boock, 1998 aus der Haft entlassen, forderte die früheren Mitglieder der linksextremen Gruppe auf, Klarheit über die Vorgänge zu schaffen. Ihr Schweigen sei ein Fehler. Boock war nach eigenen Angaben der Informant, der Bubacks Sohn Michael die Hinweise gab, wonach Klar nicht direkt am Mord an dessen Vater beteiligt war. sig

BERICHT, MEINUNG SEITEN 5, 8 Mehr zur Diskussion über den Terror der RAF unter www.handelsblatt.com/raf

LEITARTIKEL

Die neue Räterepublik

Die Corporate Governance in Deutschland steht vor ihrer größten Herausforderung. Und Siemens wird der Präzedenzfall sein. Weder der gefürchtete Shareholder-Value noch der Abschied vom Netzwerk der Deutschland AG haben die Balance in den Führungsetagen der Wirtschaftskonzerne so revolutioniert, wie es die künftige Rolle der Aufsichtsräte in der Unternehmensführung tun wird. Heinrich von Pierers Abschied markiert den Wendepunkt.

Wer die neue Republik der Räte besichtigen will, braucht in diesen Tagen nur Hauptversammlungen zu besuchen. Früher waren es die Manager, die Lob und Tadel der Aktionäre kassierten. Heute stehen die Kontrolleure im Visier der Investoren. Aus gutem Grund. Früher standen sie nur als Sitzungsleiter im Rampenlicht, heute dagegen sind sie Entscheider in strategischen Fragen.

DIETER FOCKENBROCK
Chefkorrespondent
Handelsblatt



Wer, so fragt man sich etwa, hat eigentlich das Sagen bei Volkswagen oder RWE? Auf dem Papier der Vorstand. Faktisch wohl eher der Aufsichtsrat. Durchaus erfolgreiche Vorstandsvorsitzende werden ausgetauscht, weil sie den Chefaufsichtsratern nicht in den strategischen Kram passen. Und wer ist die entscheidende Figur im Siemens-Drama? Der Vorstand? Wohl kaum. Wenn der Skandal aufgeklärt wird, dann unter Federführung des Aufsichtsrats. Aus gutem Grund hat Gerhard Cromme lange gezögert, den Posten des Chefkontrolleurs bei Siemens zu übernehmen. Angetreten ist er wohl nur unter einer Bedingung: Cromme wird sich alle Handlungsfreiheit nehmen und ein Exempel für gute Unternehmensführung statuieren.

Das ist sich der Chef der Regierungskommission Corporate Governance schuldig. Klaus Kleinfeld, der Siemens-Vorstandsvorsitzende, wird schon bald die Hand des Aufklärers spüren, wenn neue Kontrollsysteme und Ethikstandards in München Einzug halten.

Im Aktiengesetz heißt es zwar, der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen.“ Tatsächlich sind die Räte aber in Zeiten der Globalisierung längst über ihren reinen Kontrolljob hinausgewachsen. Kein Manager könnte heute allein einen automobilen Weltkonzern an die Daimler-Chrysler formieren ohne die massive Unterstützung durch den Aufsichtsrat. Nicht ohne Grund musste Daimlers Chefauftesher Hilmar Kopper zum Abschied bittere Kritik einstecken. Denn der Ex-Banker ist genauso verantwortlich für das Scheitern dieser Vision wie der Anstifter Jürgen Schrempf.

Die Macht in den Konzernen verschiebt sich, und damit – fast unbemerkt – wandelt sich auch das traditionelle duale Governance-System mit seiner strikten Arbeitsteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat. Die Parallelen zum Board angelsächsischer Prägung mit seinen Executives und Non-Executives in einem einzigen Führungsgremium sind inzwischen unverkennbar. Was ein Aufsichtsrat in München heute leisten muss, wird von einem Chairman in London längst erwartet.

Die Räte bekommen mehr Macht. Das bedeutet mehr Verantwortung, das heißt auch höhere Risiken. Die Antwort darauf ist bei einigen Konzernen offenbar nur der Abschluss eine D&O-Versicherung. Doch mit Haftpflichtpolice lassen sich keine Qualitätsprobleme lösen. Früher waren Aufsichtsratsmandate eine Frage der Profession, in Zukunft wird es eine Frage der Professionalität sein. fockenbrock@handelsblatt.com